

ECHO VOM BERG

Alle denken nur an sich, nur ich denke an mich

Vor einem halben Jahr waren wir noch verdammt arm dran.

So arm, dass der Nationalrat quasi notfallmässig beschloss: Wer einen Spital-Notfall aufsucht, soll künftig 50 Franken zahlen – und zwar bar an Ort und Stelle, sei was wolle.

«Faktisch hat das neue Dream-Duo Darbellay und Schmidt so etwas wie einem bedingungslosen Grundeinkommen zumindest befristet den Weg geebnet»

So arm auch, dass der gleiche Rat wegen der fälligen Volksinitiative «Für eine starke Pflege» des Pflegepersonal-Verbands eine Krise schob. Mehr Pflegepersonal? Sicherung der Pflegequalität? Der Untergang unseres Gesundheitssystems wurde wortreich an die Wand gemalt. Wo doch unbedingt ein oder zwei Tage später für sechs Milliarden Franken der Kauf neuer Kampfflugzeuge beschlossen werden musste, um zusammen mit den anderen Staaten und jährlichen Militärausgaben von rund 1800 Milliarden (in Zahlen: 1 822 000 000 000) die Welt vor allem mit zerstörerischem Kriegsgerät sicherer zu machen.

Und jetzt? Jetzt stecken wir mitten in einer bedrohlichen Pandemie und der schwersten volkswirtschaftlichen Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Im Mobilisierungseinsatz sind eher pazifistisch angehauchte Sanitäter und handwerklich befähigte Sappeure des VBS-Bevölkerungsschutzes gefragt. Wir realisieren: Statt an Kampfflugzeugen fehlt es in den Spitälern und Heimen an qualifiziertem, angemessen entlohntem Pflegepersonal und überhaupt an simpler Massen-

ware wie Schutzmasken, Desinfektionsmitteln und Beatmungsgeräten.

Die Pandemie, so kommentierte die Ex-Chefin des welschen Wirtschaftsmagazins «Bilan», Myret Zaki, habe alle Verbindlichkeiten eines gewinnorientierten, aber schwachen Systems in Bezug auf soziale Verantwortung und Sorge um das Allgemeininteresse aufgedeckt. Darum ist jetzt – wieder einmal – der Staat gefordert. Die grossen Verluste haben wir ja schon immer sozialisiert, das heisst der Allgemeinheit aufgebürdet, währenddem die Gewinne eh privatisiert bleiben.

Selbstverständlich dürfen wir monetären Analphabeten uns die Augen reiben und uns wundern, woher auf einmal die Milliarden, ja Billionen kommen, wo wir doch erst an allen Ecken und Enden aus dem letzten Loch pfliffen. Aber es ist das einzig Richtige, dass wir mit allen verfügbaren Mitteln die totale wirtschaftliche Verwüstung, Arbeitslose, Firmenbankrotte und Existenzvernichtungen möglichst verhindern. Denn nichts ist sozial teurer und elender als verbrannte Erde.

Ja, wir müssen grosszügig, rasch und möglichst unbürokratisch helfen, sogar Missbrauch in Kauf nehmen. Denn wenn wir die formalen Hürden zu hoch legen, werden genau jene Betriebe daran scheitern, welche schnelle und zählbare Hilfe am nötigsten haben. So gesehen darf man den Walliser Staatsrat für das zweite Hilfspaket von vergangener Woche loben, alle Selbstständigerwerbenden und andere Personen, die nicht von Bundeshilfe profitieren, mit monatlich 25 Millionen Franken zu unterstützen. Faktisch hat das neue Dream-Duo Darbellay & Schmidt so etwas wie einem bedingungslosen Grundeinkommen zumindest befristet den Weg geebnet.

Trotzdem besteht nicht der geringste Grund für politischen Jubel, auch links nicht, wo man verhalten schon die Renaissance des Staates und unter dem Motto «Er hat doch recht» seit 1973 die siebte folgenlose Wiederaufrechterhaltung des Kapitalismus-Kritikers Karl Marx feiert. Es ist so sicher wie das Amen in der Kirche: Die Kosten dieser Krise wird jemand auf Jahre, ja Jahrzehnte hinaus bezahlen müssen. Die Konjunkturexperten der ETH schätzen die jährlichen Steuerverluste von Bund, Kantonen und Gemeinden vorsichtig schon auf zehn Milliarden Franken.

Sofern nicht die Nationalbank die Schulden abkauft – was sie aufgrund ihrer 750 Milliarden Franken Vermögen durchaus könnte – müssen wir uns auf eisige Zeiten und neuen, brutalen Sozialabbau vorbereiten. Und man muss kein grosser Prophet sein, um vorauszusagen, dass wieder die Gleichen als Erste zur Kasse kommen: die Kleinen. Die Lohnabhängigen, die Haushalte mit den kleinen und mittleren Einkommen, die kleinen Gemeinden, die wirtschaftlich schwachen Regionen, die kleinen Betriebe.

Denn wie verhält es sich mit der derzeit etwas strapazierten Solidarität wirklich?

Alle denken nur an sich, nur ich denke an mich.

POLITIK INSIDE

Die Sozial- und Gesundheitsberufe aufwerten!



MATHIAS REYNARD
NATIONALRAT SP

Die Pandemie, gegen die wir kämpfen, erfordert Vertrauen und Einigkeit. Während sich die Familie Blocher mehr um ihre Dividenden als um Menschenleben zu sorgen scheint, müssen wir um jeden Preis dem Rat von Fachleuten folgen, der Medizin vertrauen und Vorsicht walten lassen.

Die Experten sind sich einig, dass eine zu rasche Lockerung der Massnahmen zu einer neuen Welle und damit zu vielen Todesopfern führen würde. Die öffentliche Gesundheit muss die oberste Priorität bleiben. Lassen wird also die Fachleute das Tempo und die geeigneten Massnahmen vorgeben. Bisher haben sie es gut gemacht.

«Der tägliche Applaus für das Pflegepersonal ist eine schöne Geste der Anerkennung. Aber das reicht nicht»

Neben gesundheitspolitischen Entscheidungen brauchen wir natürlich auch wirtschaftliche Massnahmen. Gemeinsam mit der SP Schweiz fordern wir seit einem Monat Massnahmen für die direkt, aber auch indirekt von der Pandemie betroffenen Selbstständigerwerbenden und Kleinunternehmer. Vorerst sind sie die Vergessenen in dieser Krise. Vergessen von den Parteien, die behaupten, sie zu vertreten. Im gleichen Atemzug müssen auch dringend die Kinderbetreuungseinrichtungen unterstützt werden, deren Fortbestand jetzt infrage gestellt wird.

Und dann gibt es noch das, was jeder von uns tun kann: in der Krise Herz zeigen. Unzählige Solidaritätsaktionen zeigen, was das Beste am Menschen ist: gegenseitige Hilfe und Aufmerksamkeit für die Schwächsten. In Savièse umfasst das Netz der Freiwilligen, das ich aufgebaut habe, mehr als 150 Personen. Sie setzen sich mit Wohlwollen dafür ein, alle über 65-jährigen in der Gemeinde anzurufen, ihnen Lebensmittel, Medikamente und vieles mehr zu bringen... Wir können gemeinsam gestärkt daraus hervorgehen.

Der tägliche Applaus für das Pflegepersonal ist eine schöne Geste der Anerkennung. Aber das reicht nicht. Seit Jahren leiden diese Berufsgruppen unter sich verschlechternden Arbeitsbedingungen, schwierigen Arbeitszeiten und erhöhtem Stress. Und das alles für magere Löhne. Wir kämpfen seit Langem für mehr Anerkennung und Unterstützung für die Beschäftigten des Gesundheitswesens. Noch im Dezember letzten Jahres diskutierten wir im Nationalrat über die Volksinitiative für eine starke Krankenpflege. Diese wollte die Fähigkeiten und die Arbeit von Krankenschwestern und Krankenpflegern besser anerkennen und forderte bessere Arbeitsbedingungen. Leider wurde diese Initiative rundweg abgelehnt. Bei den Walliser Abgeordneten konnte sie nur auf die Stimmen von Christophe Clivaz und mir zählen.

Die Krise, die wir erleben, wirft auch ein Schlaglicht auf viele andere, wenig geschätzte, aber wichtige Berufe. Die gesamte Berufswelt ist erschüttert und durcheinandergewirbelt worden. Denn diejenigen, die nun an vorderster Front stehen und für unsere Gesellschaft unentbehrlich sind, gehören im Allgemeinen nicht zu den angesehensten Berufsgruppen: Gesundheits- und Sozialarbeiter, aber auch Angestellte im Detailhandel, in der Kinderbetreuung, der Reinigung, der Landwirtschaft oder der öffentlichen Dienste. Alles Berufe, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden und nicht sehr hoch geschätzt werden. Es ist jetzt besonders wichtig, ihre Bedeutung für die Gesellschaft anzuerkennen. Wir müssen uns nach der Krise daran erinnern und endlich eine Aufwertung dieser Berufe erreichen – beim Gehalt und bei den Arbeitsbedingungen!



BEAT JOST
GEMEINDEPRÄSIDENT
IN ALBINEN

BLICK ZURÜCK

Der Winter streckt seine Zunge raus



Erinnerungen an den Winter. Am 13. April 1979 lässt sich auf den Matten im Goms in der Region Ernen erahnen, wie gewaltig die Lawinen im Winter waren.

COPYRIGHT MICHEL DARBELLAY



MEDIATHEQUE
MEDIATHEK
valais martigny wallis